

FDP-Ratsfraktion – Rathenastr. 16 – 33102 Paderborn

An den Vorsitzenden des
Rates der Stadt Paderborn
Herrn Bürgermeister Michael Dreier

- per E-Mail -

Fraktion der Freien
Demokratischen Partei
im Rat der Stadt Paderborn

Alexander Senn
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsstelle
Rathenastr. 16
33102 Paderborn

Telefon (0 52 51) 87 11 80
Email: buero@fdp-pb.de
www.fdp-paderborn.de

Antrag auf Einführung einer Bezahlkarte

Paderborn, 26. Februar 2024

Sehr geehrter Herr Dreier,

bitte nehmen Sie folgenden Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Paderborn prüft, ein System zum Einsatz von Bezahlkarten für Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einzuführen. Die Verwaltung wird beauftragt die Rahmenbedingungen zur Einführung zu prüfen, notwendige organisatorische Maßnahmen zu analysieren und den zuständigen Fachausschüssen in den nächsten Sitzungen entsprechende Umsetzungsvorschläge, -schritte und -zeitpläne vorzulegen.

Der Rat der Stadt Paderborn fordert überdies den Bürgermeister auf, sich gegenüber der NRW-Landesregierung für eine landeseinheitliche Lösung und eine vollständige Übernahme der Kosten zur Einführung einer solchen Karte einzusetzen.

Begründung:

Die FDP-Stadtratsfraktion erkennt nach Einführung einer solchen Bezahlkarte erste positive Erfahrungen in anderen Kommunen. Bislang wird offenbar mitunter ein Teil der Bezüge nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in die Heimat transferiert. Dabei bleibt festzuhalten, dass die Leistungen dafür konzipiert worden sind, damit die geflüchteten Menschen hier ohne existenzielle Nöte leben können. Es ist gut und wichtig, dass Deutschland Geflüchteten für die Zeitdauer ihrer Verfolgung oder eines Krieges in der entsprechenden Zeit einen sicheren Aufenthaltsort ermöglicht.

Das gebietet die internationale Fürsorgepflicht und die Achtung der Menschenrechte. Das Geld dient allerdings nicht dazu, um das Leben von Angehörigen der Geflüchteten in ihrer Heimat zu finanzieren. An dieser Stelle könnte die Bezahlkarte einen wichtigen Beitrag leisten, die Mittelverwendung zweckgebunden sicherzustellen.

Es ist sehr bedauerlich, dass NRW-Ministerpräsident Wüst die neuen bundesgesetzlichen Möglichkeiten nicht konsequent umsetzt, sondern den Kommunen Entscheidungsfreiheit überlässt. Denn diese führt zu nichts anderem als einem ungleichen Vorgehen innerhalb eines Bundeslandes mit der Gefahr von "interessanten" wie "weniger interessanten" Aufenthaltskommunen in NRW aus den Augen der Geflüchteten.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Senn